

D1 Grenzenlose Solidarität mit Schutzsuchenden an der EU-Außengrenze zu Belarus!

Gremium: GRÜNE JUGEND Brandenburg
Beschlussdatum: 18.11.2021
Tagesordnungspunkt: 1.1. Dringlichkeitsanträge

Antragstext

- 1 Mindestens zehn Menschen sind an der Außengrenze der EU zu Belarus in den letzten Tagen gestorben. Menschen erfrieren, hungern und erleben Gewalt, es führt kein Weg weiter und kein sicherer mehr zurück. Auf der Suche nach einer sicheren Bleibe werden die Menschen und deren Notlage als Druckmittel eines totalitären Regimes ausgenutzt. Die Situation an der Grenze zwischen Belarus und Polen ist unerträglich. Deshalb fordern wir den Zugang für Hilfsorganisationen sowohl auf der EU-Seite, als auch in Belarus, um die frierenden Menschen sofort mit dem Nötigsten zu versorgen. Auch muss sich die Landesregierung klar zu einer Aufnahme der Geflüchteten bekennen.
- 2 Alle Menschen auf der Flucht haben einen berechtigten, oftmals individuellen Grund für ihre Fluchtentscheidung. Kein Mensch verlässt aus unberechtigten Gründen die Heimat. Flüchtende fliehen vor Krisen – und diese gilt es zu lösen. Wir stehen für eine humane Asyl- und Migrationspolitik und fordern, dass Brandenburg sich an der Einrichtung eines "humanitären Korridors" beteiligt, um flüchtende Menschen von der Grenze Polen-Belarus aufzunehmen. Darüber hinaus fordern wir, dass gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Brandenburg und zivilgesellschaftlichen Initiativen praxisnahe Lösungen gefunden werden, um die Geflüchteten bestmöglich zu versorgen und darüber hinaus eine Ankommens- und Bleibeperspektive zu geben.
- 3 Die kommenden Monate werden viele Bereiche unserer Gesellschaft vor Anstrengungen stellen. Daher fordern wir die Umfunktionierung der Ressourcen, welche die "Task Force Abschiebung" bindet, zur Unterstützung einer Willkommens- und Bleibekultur und damit dem Ende einer unmenschlichen Abschiebepolitik. Um den Menschen eine Bleibeperspektive zu geben, positionieren wir Bündnisgrüne uns klar gegen jegliche Abschiebungen, sowie gegen die Funktion des BER als Abschiebeinstrument.
- 4 Inzwischen haben sich 10 Brandenburger Städte, Gemeinden und Landkreise dem Bündnis "Städte Sicherer Häfen" angeschlossen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Brandenburger Innenministerium und Integrationsministerium sowie die Kommunen und

Landkreise des Netzwerks "Städte Sicherer Häfen" konkrete, unkomplizierte Hilfsmaßnahmen für Menschen, die gerade an der polnisch-belarussischen Grenze in Lebensgefahr ausharren müssen, entwickeln. Das Innenministerium und die Europäische Union soll Kommunen dafür legitimieren, Menschen unkompliziert aufnehmen und integrieren zu können.

- 5 Wir solidarisieren uns mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Flüchtlingsrat Brandenburg, Wir packen's an e.V., "No Borderlands", "Kein Ort für Nazis", den Seenotrettungsmissionen, "Mauerfall jetzt!", CADUS und anderen. Ohne die Arbeit der vielen Haupt- und Ehrenamtlichen in der zivilen Geflüchtetenhilfe wären die Zustände noch katastrophaler. Auch hier müssen wir als politisch Verantwortliche dafür sorgen, dass Nichtregierungs- und zivilgesellschaftliche Organisationen ihrer Aufgabe nachkommen können, ohne kriminalisiert oder angegriffen zu werden.

Begründung

Die Dringlichkeit ist durch die rapide Zuspitzung und Verschlechterung der Lage an der EU-Außengrenze zu Belarus sowie durch die Berichte über Todesfälle an der Grenze begründet, welche akutes Handeln dringender denn je nötig machen. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Paul-Philipp Neumann (KV Oberspreewald-Lausitz), Maximilian Kowol (KV Ostprignitz-Ruppin), Tammo Westphal (KV Potsdam), Robert Funke (KV Barnim), Louisa Wiethold (KV Märkisch-Oderland), Leander Héroult (KV Potsdam), Anna Sophie Emmendorffer (KV Potsdam-Mittelmark), Tom Ritter (KV Teltow-Fläming), Erik Goldschmidt (KV Märkisch-Oderland), Vincent Bartolain (KV Brandenburg/Havel), Claire-Luise Heydick (KV Teltow-Fläming), Gerrit Alino Prange (KV Potsdam), Alexandra Schäfer (KV Frankfurt-Oder), Paul Bonte (KV Frankfurt-Oder), Josepha Albrecht (KV Barnim), Hanna Große Holtrup, Carolin Astrid Renner (KV Görlitz), Gustav Kenn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf), Margareta Theres Deppermann (KV Potsdam), José Antolín Neumann (KV Dresden), Ella Vida Saule Hanewald (KV Leipzig), Charlotte Henke (KV Dresden), Neele Rebecca Zühlke (KV Märkisch-Oderland), Marc Räder (KV Oberspreewald-Lausitz), Carolin Poensgen (KV Oberspreewald-Lausitz), Aaron Paule (KV Barnim), Melanie Gierach (KV Oberspreewald-Lausitz), Denise Herrmann (KV Brandenburg/Havel), Silke Krüger (KV Oberspreewald-Lausitz), Antonia Baumgarten (KV Potsdam), Lena Gaidies (KV Leipzig), Anna Richter (KV Potsdam-Mittelmark), Stefan Schön (KV Oberspreewald-Lausitz), Sophie Lange (KV Potsdam), Isabell Knepper (KV Potsdam), Viviane Triems (KV Potsdam), Katharina Horn (KV Vorpommern-Greifswald), Paul Benduhn (KV Vorpommern-Rügen), Frithjof Mesing (KV Vorpommern-Greifswald), Steffi Bernsee (KV Barnim), Felix Quartier (KV Dresden),

Klaus Drewitz (KV Potsdam-Mittelmark), Rosa Hurm (KV Potsdam), Frank Poensgen (KV Oberspreewald-Lausitz), Heiko Kohl (KV Havelland), Antonius Naumann (KV Potsdam), Steffen Blunk (KV Märkisch-Oderland)